

Forum

Die Schweiz muss ihre «Soft Security»-Kapazitäten wieder aufbauen

Vorschläge für Wege aus der Sackgasse



THEODOR H. WINKLER

Die militärische Bedrohung der Schweiz hat signifikant zugenommen. Dies ist die Folge der «Zeitenwende», welche der russische Überfall auf die Ukraine ausgelöst hat. Diese massive Lageveränderung ist noch keineswegs abgeschlossen. Sie ist daher auch noch nicht abschliessend zu beurteilen. Es ist aus meiner Sicht jedoch klar, dass die militärische Landesverteidigung deutlich – und in enger Absprache

mit der NATO – ausgebaut werden muss. Ich habe dies in mehreren Publikationen eingehend begründet.¹

Ich will mit dem nachfolgenden Artikel meine bisherigen Ausführungen mit einem Plädoyer für einen gleichzeitigen systematischen und gezielten Wiederaufbau auch unserer «Soft Security»-Kapazität ergänzen.



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als sicherheitspolitischer Vordenker der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der modernen Schweizer Sicherheitspolitik, geistiger Vater der Genfer Zentren des Bundes für Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) und gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF) sowie der grosszügigen «Maison de la Paix» im Herzen des internationalen Genfs. Er leitete DCAF von 2000–2016 und machte das Zentrum zu einer der ersten Adressen der Welt. Sein jüngstes Buch, «Zeitenwende – Russland und Chinas Griff nach der Weltmacht» (ISBN 978-3-643-80339-9) ist soeben erschienen und stellt den fundamentalen Wandel in unserem strategischen Umfeld und dessen Konsequenzen für unser Land, seine Aussenpolitik, die Neutralität und unsere Armee dar.
E-Mail: thewinklers@bluewin.ch

Einleitung

Unter «Soft Security» versteht man die Fähigkeit eines Landes, und insbesondere die seines Verteidigungsministeriums, internationale Partner und die bestehende liberale Weltordnung durch ein Bündel geeigneter Massnahmen zu unterstützen, ohne dass die Regierung bestehende gesetzliche Regelungen mittels Notrechts übergehen müsste – und erst recht ohne jeglichen Zwang, zuerst eine Gesetzes-, wenn nicht gar eine Verfassungsänderung vornehmen zu müssen. Für die Schweiz ist «Soft Security» somit ein wichtiges Instrument, das in Krisen erlaubt, nicht sofort mit der Neutralitätsfrage konfrontiert zu werden. Sie gestattet, internationale Solidarität zu demonstrieren. Sie dokumentiert politisch, dass Neutralität nicht mit Passivität zu verwechseln ist. In einem Wort: Sie verschafft dem Bundesrat und der Schweiz Zeit, – das wichtigste Gut in einer Krise.

«Für die Schweiz ist «Soft Security» somit ein wichtiges Instrument, das in Krisen erlaubt, nicht sofort mit der Neutralitätsfrage konfrontiert zu werden.»

«The Cupboard was Empty»

Wie ich bereits in verschiedenen *stratos*-Artikeln ausführlich dargestellt habe, wurde die Schweiz durch den Ausbruch des Ukrainekriegs im Februar 2022 überrascht und das Land stand ohne «Soft Security»-Mittel da. «The cupboard was empty.» Den meisten derartigen Organisationen und Instrumente, die nach dem Ende des Kalten Kriegs in den 1990er-Jahren und in den frühen 00er-Jahren geschaffen worden waren, wurden in den folgenden Jahren systematisch die finanziellen Mittel sehr stark gekürzt. Das erweist sich heute aus meiner Sicht nun als ein gravierender Fehler. Bern konnte in der Krise, in der die NATO mit einer russischen Invasion von mindesten Teilen Osteuropas rechnen musste, in der alles zählte, alles von uns erhofft wurde, alles von unserem Land geleistet uns gross angerechnet worden wäre, bedauerlicherweise nichts aus dem Bereich der «Soft-Security» anbieten. Wer aber nicht bereit war – oder sichtlich zögerte, klar Stellung zu beziehen – mit dem wurde umgekehrt nicht sehr pfleglich umgegangen. Die Schweiz hatte zu Beginn des Ukrainekriegs eine einmalige Chance, ihr Verhältnis zur EU zu ver-

bessern, näher an die NATO zu rücken, ohne jedoch ihre Neutralität aufzugeben. Wir verkannten wohl die Lage und die Gefahr für unsere Stellung in der westlichen Welt. Das Denken der Schweiz war innenpolitisch orientiert. Man dachte nicht strategisch und man dachte nicht in Varianten. Die EU sah uns einmal mehr in der Rolle der Rosinenpickerin. Die USA und andere Finanzplätze erkannten erneut nur den Versuch der Schweiz, Sanktionen zu umgehen, Geld zu waschen und Potentaten-Vermögen vor dem Zugriff westlicher Regierungen zu schützen. Die NATO, der wir während Jahrzehnten einen guten Teil unserer Sicherheit zu verdanken hatten, fühlte sich von uns im Stich gelassen. Unser Verhalten kontrastierte scharf mit jenem von Schweden und Finnland. Als die Schweiz später in Brüssel anklopfte und eine engere militärische Zusammenarbeit vorschlug, zeigte die NATO unverhohlen ihre kalte Schulter.

Keine Übung im Gebrauch der noch bestehenden Mittel

Die Schweiz hat auch nicht mehr Erfahrung im Schnüren von Assistenzpaketen. Ein Beispiel: Es ist für mich absolut unverständlich, weshalb sich das VBS und das EDA nicht umgehend mit den drei Direktionen der Genfer Zentren in Verbindung setzten, um zusammen mit ihnen spezielle Programme ins Leben zu rufen, um – immer im Bereich der «Soft Security» – auf die Bedürfnisse der Ukraine zu reagieren. Die Mitgliedschaft der westlichen Demokratien, der Ukraine, ganz Osteuropas (und in einem Fall gar Chinas und Indiens) in den Stiftungsräten des GCSP und des DCAF boten enorme Chance, um etwas Positives zu bewirken. Auch in dieser Frage habe ich bereits konkrete Vorschläge in einem *stratos*-Artikel vorgelegt. Ich möchte nur an die Optionen der humanitären Minenräumung oder der Korruptionsbekämpfung erinnern.

Die schweizerischen Angebote, die dann tatsächlich gemacht wurden (beispielsweise das Erteilen der Lizenz zur Produktion von Minenräumfahrzeugen) reichten leider nicht aus, um das Entstehen einer wachsenden Verstimmung gegenüber der Schweiz zu verhindern. Der Schweiz gelang es nicht, durch präventives Handeln Unmut abzuwenden. Das Verhalten des Schweizer Banken- und Finanzplatzes sowie der Rohwarenmärkte in Genf rief im Gegenteil grosses Misstrauen hervor. Die Ablehnung, eine Konfiskation der blockier-

ten Gelder aus Russland nur schon zu prüfen, war kurzfristig und wird auf Dauer ebenso wenig eine Position sein, die wir zu halten in der Lage sein werden, wie zuvor jene beim Bankgeheimnis, bei den jüdischen Guthaben aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs oder dem automatischen Informationsaustausch der Steuerdaten. Man verpasste die Chance, Mitglied der G7-Task-Force zu werden und damit als Partner die durchaus begründeten Einwände gegen rechtlich nicht vollumfänglich abgestützte Schritte einzubringen. Wir sehen uns heute der realen Gefahr gegenüber, dass die USA Sanktionen gegen uns einleiten und die Rohwarenmärkte in der Schweiz schlicht schliessen könnten.

Die Lage wird durch die Neutralitätsinitiative der SVP noch verschärft. Diese will eine Neutralitätsdefinition aus dem 19. Jahrhundert in die Verfassung schreiben, inklusive «courant normal». Unter diesem System würde die Schweiz sich an keinerlei Wirtschaftssanktionen mehr beteiligen, sondern ihren Handel mit dem betroffenen Staat einfach nicht über das Mass, das er vor dem Konflikt hatte, ausdehnen. Sanktionen der USA wären sicher.

Das Nein des Bundesrates in der Frage der Wiederausfuhr von Schweizer Waffen machte das Fiasko aus meiner Sicht komplett. Die Schweiz wurde als eigensüchtig betrachtet und fand sich international zunehmend isoliert. Insbesondere die USA weiten seither die Bereiche, in denen sie Druck auf die Schweiz ausüben, kontinuierlich aus.

Ohne «Soft Security»-Bereich wird die Schweiz nicht in der Lage sein, selbst Themenschwerpunkte, welche unseren Interessen dienen, in die internationale Debatte einzubringen. Wir können ohne entsprechende Mittel und Instrumente nicht unsere eigene Agenda setzen. Wir können nur reagieren, nicht agieren. Zur Ukraine-Konferenz in Saudi-Arabien in diesem Sommer wurde die Schweiz schon gar nicht eingeladen. Der vom EDA viel beschworene «Geist von Lugano» gab es nur in unseren eigenen Köpfen. In der echten Welt gibt es ohne konkrete Taten keinerlei «Geist».

Niemand dachte daran zu prüfen, was wir in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert haben. Ein Beispiel:

Ich hatte zusammen mit Botschafter Philippe Welti vor Jahren Präzisionshohlladungen der RUAG den NATO-Truppen in Afghanistan gratis zur Verfügung gestellt, um die Minenräumung wesentlich sicherer zu machen. Diese Munition gestattet, den Zünder von Sprengkörpern wegzuschiessen, bevor diese den Sprengkörper zur Explosion bringen konnten. Das gefährliche Heraus-schrauben der Zünder entfällt. Es wäre auch der Zeitpunkt gewesen, eine Studie hervorzuholen, die ich für einen Generalstabschef verfasst hatte und die Dutzende von Vorschlägen enthielt, wie wir unsere Beziehungen zur NATO enger gestalten könnten, ohne die Neutralität zu verletzen. Weitere Beispiele liessen sich anfügen.

Letztlich war die Schweiz stillschweigend davon ausgegangen, die Lage würde sich nicht bedrohlich verändern. Das widerspiegelte die gefühlte Haltung der Bevölkerung. Man fühlte sich als Sonderfall, als Land mit einer starken Währung und hohen Bergen, das alle möglichen Vorteile besitzt und von nichts und niemandem bedroht, aber von allen beneidet wird. Den letzten Krieg hatte die Eidgenossenschaft gegen Napoleon geführt. Seither lebten wir in Frieden. Alle liebten uns (oder sollten das tun). Warum sollte sich das plötzlich ändern? Die Schweiz ist nicht mehr gewohnt, dass sich etwas ändert.

Die Bedeutung von Netzwerken

Zu «Soft Security» gehören vor allem Netzwerke. In normalen Zeiten sichern diese die reibungslose Zusammenarbeit mit unseren Partnern – von der Sondierung und Aushandlung von gemeinsamen Verhandlungspositionen in multilateralen Foren bis hin zur Nutzung von NATO-Trainingsgeländen für die Luftwaffe. In der Krise sind sie wichtige Instrumente des Krisenmanagements. Sie bauen auf langer Erfahrung, Vertrauen und gegenseitigem Verständnis auf. Das verhindert auch, dass Beziehungen quasi über Nacht radikal abgebrochen werden. Um jedoch Einfluss ausüben zu können, muss man zunächst Persönlichkeiten kennen, die tatsächlich Einfluss haben. Präziser: Die Persönlichkeiten müssen uns kennen und uns als Partner sehen. Das kommt nicht

«Letztlich war die Schweiz stillschweigend davon ausgegangen, die Lage würde sich nicht bedrohlich verändern. Das widerspiegelte die gefühlte Haltung der Bevölkerung.»

von heute auf morgen. Es bedarf gezielter Programme, um solche Netzwerke zu bilden.

Zu wenig und nicht das richtige Personal

Aus meiner Perspektive mangelt es heute an tragfähigen Netzwerken, auf die sich die Schweiz verlassen kann. Dies hat verschiedene Ursachen: Wir haben zu wenig und nicht das richtige Personal. Sicherheitspolitische Experten fallen nicht vom Himmel. Das VBS und das EDA müssten, so mein Vorschlag, in Kooperation miteinander, eine langfristige und umfassende Planung erstellen, um die benötigte sicherheitspolitische Expertise gezielt aufzubauen. Die heutige Praxis, dass es durchschnittlich alle vier Jahre zu einer Versetzung auf einen anderen Posten kommt und der neue Einsatzort dort ist, wo mehr oder weniger zufällig etwas frei ist, ist im heutigen Kontext nicht zielführend. Das führt zu Karrieren, die keinen roten Faden haben – wie dies heute bei den meisten Diplomaten und Diplomatinen in meiner Wahrnehmung der Fall ist. Diese fangen als Stagiaires auf einem Aussenposten an und pendeln dann im Vierjahresrhythmus zwischen beliebigen Aussenposten und der Zentrale hin und her. Das produziert zwar gute Generalisten, aber nicht internationale Akteure. Die Praxis stammt aus einer Zeit, als die Botschafter und Botschafterinnen vor Ort noch «plénipotentiaire» sein mussten. Sie mussten die Interessen der Schweiz wahren und waren angesichts der langen Kommunikationswege darauf angewiesen, dies ohne detaillierte Instruktionen tun zu können. Das ist heute in den meisten Fällen jedoch nicht mehr der Fall. Die modernen Kommunikationsmittel haben einen guten Teil des Reportings der Botschaften obsolet gemacht. Die betroffenen Dienststellen in Bern verhandeln längst direkt mit ihren Homologen vor Ort. Das bange Warten eines jungen Diplomaten vor den Türen des UN-Sicherheitsrates, um eine Kopie von dessen Beschlüssen zu ergattern, die dann nach Bern geschickt werden konnte, sind längst vorbei. Bern wird heute zeitverzugslos elektronisch informiert. Die Botschaften sind längst zu Logistikzentren für die Planung der Besuche von Fachdelegationen in ihrem Land geworden. Sie sind für Termine und Apéro-Häppchen zuständig.

In der bilateralen Hilfe spielen die Botschaften kaum eine Rolle. Sie verfügen bestenfalls über einige 10 000 Franken Budget für Projekte vor Ort, die sie auto-

nom verwalten können. Das ist als Basis zu schmal, um Netzwerke aufbauen zu können. Das System bereitet unsere Diplomatinen und Diplomaten leider auch nicht genügend auf Managementaufgaben vor, denen gerade im sicherheitspolitischen Bereich ein immer grösseres Gewicht zukommt. Es ist ein Glücksfall, wenn eine kompetente Person verantwortlich ist. Die teils leidvolle Erfahrung, welche die Genfer Zentren zudem mit der Bundesverwaltung machen mussten, hat hier ihren Ursprung. Auch zu diesem Thema habe ich mich schon geäussert. Mein Vorschlag ist es deshalb, die drei Genfer Zentren dem Staatssekretär des EDA und dem neuen Staatssekretär bzw. der neuen Staatssekretärin des VBS direkt zu unterstellen. Das würde einen anderen Vorteil zur Folge haben: Das VBS müsste auch wieder einen angemessenen Kostenanteil der Zentren übernehmen.

«Das System bereitet unsere Diplomatinen und Diplomaten leider auch nicht genügend auf Managementaufgaben vor, denen gerade im sicherheitspolitischen Bereich ein immer grösseres Gewicht zukommt.»

Es darf ferner nicht angehen, dass sicherheitspolitische Laufbahnelemente der Karriere von Berufsoffizieren schaden, nur weil sie geringer geachtet werden als traditionelle militärische Berufseinsätze. Diese Haltung entstammt längst vergangenen Zeiten. Heute ist für mich klar, dass die Schweiz im Kriegsfall mit der NATO den Abwehrkampf koordinieren würde. Es erscheint mir daher zwingend, dass nur zum Höheren Stabsoffizier (HSO) befördert werden kann, wer fließend Englisch spricht, in einem NATO-Stab gedient hat und über eine solide sicherheitspolitische Ausbildung verfügt.

«Es darf ferner nicht angehen, dass sicherheitspolitische Laufbahnelemente der Karriere von Berufsoffizieren schaden, nur weil sie geringer geachtet werden als traditionelle militärische Berufseinsätze.»

Vorschlag für eine sicherheitspolitische Karrierelaufbahn im EDA und im VBS

Das EDA und das VBS sollten daher einen Karriereplan für ihr sicherheitspolitisches Personal entwickeln, der aus mehreren aufeinander abgestimmten Karrieremodulen besteht. Aus diesen Modulen muss für den einzelnen Mitarbeiter bzw. die einzelne Mitarbeiterin ein spezifischer Mix zusammengestellt werden können, welcher zum einen die individuellen Fähigkeiten berücksichtigt, zum anderen aber auch den Bedürfnissen der beiden Staatssekretariate (EDA und VBS) entspricht. Ziel muss es sein, Fachspezialisten und -spezialistinnen mit mindestens 20 Jahren Erfahrung heranzuziehen. Das kann auf der Basis einer Grundausbildung am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) oder des Centers for Security Studies der ETHZ (CSS) und der Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK) erfolgen. Auslandssemester an führenden Universitäten (wie Harvard oder Oxford) und/oder renommierten Instituten in der ganzen Welt (IISS, RUSI, ISW, CSIS) können vor Beförderungen (oder, noch besser, in deren Nachgang als gezielte Vorbereitung auf eine neue Position) wichtig sein. Es sind Gelegenheiten, sich für die nächste Verwendung intensiv vorzubereiten, sich benötigtes Fachwissen anzueignen sowie Kontakte mit ausländischen Experten zu knüpfen, auf die man in der neuen Funktion zählen möchte. Das Semester in Harvard, mit dem sich der neue Chef des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), Christian Dussey, auf sein Amt vorbereitete, kann hier als Vorbild dienen. Man hat nie ausgelernet. Wer über ein breites Fachwissen verfügt, ist klar im Vorteil. Wer sich auf seine neue Stelle gezielt vorbereiten kann oder wer auf seinem Gebiet grosse Erfahrung sammeln konnte, hat ebenso einen deutlichen Vorteil. Das Detachieren von Leistungsträgern zu Ausbildungsaufenthalten muss Standard werden; ebenso jene an Botschaften, bei denen Einblick in wichtige politische Abläufe gewonnen werden kann (Washington, Brüssel, NATO, London, Warschau, Moskau, Beijing, Singapur).

Es ist nicht stur an einem Rhythmus von vier Jahren von einer Stufe zur nächsten festzuhalten. Noch muss jedermann alle verfügbaren Etappen durchlaufen. Es ist für jeden Teilnehmer und jede Teilnehmerin ein individueller Werdegang zu planen. Wer den Anforderungen nicht genügt, muss schnell in «ruhigere Bereiche» der beiden Departemente versetzt werden können. Wer sich jedoch bewährt, Initiative und krea-

tives Denken beweist, muss schnell Karriere machen können.

Das EDA und das VBS sollten diese Personalplanung gemeinsam vornehmen. Die Möglichkeit, von einem Departement in das andere zu wechseln, sollte integraler Bestandteil des Curriculums sein. Ebenso müssen ziviles und militärisches Personal des VBS zwingend zusammen ausgebildet und eingesetzt werden.

Die «Maison de la Paix» als Akteur

Eine Weiterbildungs- und Wirkungsstätte für «Soft Security» ist auch die «Maison de la Paix» in Genf. Das Projekt wurde 1995 dem Bundesrat unterbreitet und von diesem angenommen. Es sah vor, für die drei Zentren ein gemeinsames Dach zu finden. Aber es ging von Anfang an um mehr. Es sollte zu einem «supermarché de la paix» werden, das heisst es sollten neben den drei Zentren möglichst viele kleinere Partner im selben Gebäude untergebracht werden und damit zu möglichst grossen Synergien führen. Das «Institut universitaire de hautes études internationales (IUHEI)» war von Anfang ein natürlicher Partner. Dieses wurde 2004 von Philippe Burrin, einem Studien- und Volée-Kollegen von mir, als Direktor übernommen. Er sanierte die angeschlagenen Finanzen des Instituts. Diese wuchsen von 15 Millionen auf über 90 Millionen Franken pro Jahr. Er stärkte die Unabhängigkeit von der Universität Genf und übernahm das marode Institut de Développement, das lange Zeit das IUHEI zu konkurrenzieren versuchte. Er beendete auch die Flügelkämpfe in der Fakultät. Vor allem aber setzte er mit dem Ausbau des IUHEI nicht nur einen starken baulichen, sondern einen wahrhaft städtebaulichen Akzent im internationalen Genf.

Der moderne Glaspalast der «Maison de la Paix» direkt neben der UNO ist allein schon optisch ein überzeugender Entwurf. Mit 32 000 Quadratmetern nehmen die Gebäulichkeiten tausend Studierende und tausend Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf. Sie hätte das Potenzial, zu einer modernen Ausgabe des ursprünglichen IUHEI, so wie es in seinen Gründerjahren war, zu werden. Dieses war 1927 als Beitrag der Schweiz zum Völkerbund geschaffen worden. Es sollte ihm als Kaderschmiede, Think-Tank und Diskussionsforum dienen. Genauso eine Institution würde die multilaterale Diplomatie und das internationale Genf auch heute benötigen. Ich muss leider feststellen, dass IU-

HEI in seinem heutigen Zustand diese Rolle nicht erfüllen kann, weil es seiner besonderen Funktion für das internationale Genf und für die Schweiz nicht mehr bewusst ist. Insgesamt müsste die «Maison de la Paix» wieder jene politische Rolle spielen, die ihr bei der Gründung ursprünglich zugedacht wurde.

Eine zusätzliche Chance böte sich der «Maison de la Paix», mit dem explosionsartigen Anwachsen des Cyber-Bereichs. Wer die Verhandlungen in diesem Bereich initiieren kann, der hat eine wichtige Position errungen. Genf eignet sich als «Cyber Capital of the World», beherbergt es doch die UIT, die UN-Organisation für geistiges Eigentum (WIPO), das CERN, die Internet-Plattform sowie zahlreiche kleinere internationale Cyber-Organisationen.

Fazit

Die Schweiz baute seit den 1990er-Jahren eine international stark beachtete «Soft Security»-Kapazität auf. Diese war mit jeder Definition von Neutralität kompatibel, vielschichtig und eng mit den vergleichbaren Bemühungen anderer Staaten verknüpft. Diese «Soft Security»-Möglichkeiten wurden seit dem Ende der 00er-Jahre kontinuierlich und bewusst reduziert. Das hat sich nun im Ukrainekrieg als Fehleinschätzung erwiesen.

Die Schweiz – und insbesondere das EDA und das VBS – wären wohl beraten, ohne Verzug wieder ein «Soft Security»-Programm im Bereich der Sicherheitspolitik zu entwickeln. Bundesrätin Viola Amherd und der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, haben das erkannt. Das Gleiche gilt für den neuen Staatssekretär des EDA, Alexandre Fasel. Mein Vorschlag ist es, – zumindest für den Bereich Sicherheitspolitik – von der bisherigen Praxis abzukommen und Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten zu schaffen, die hoch spezialisiertes und international eng vernetztes Personal, das wir im Bereich der Sicherheitspolitik benötigen, hervorbringen. Ein ge-

«Mein Vorschlag ist es, – zumindest für den Bereich Sicherheitspolitik – von der bisherigen Praxis abzukommen und Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten zu schaffen, die hoch spezialisiertes und international eng vernetztes Personal, das wir im Bereich der Sicherheitspolitik benötigen, hervorbringen.»

meinsames Vorgehen des VBS und des EDA wäre aus meiner Sicht der richtige Weg.

Die drei Genfer Zentren sind Juwelen, deren Wert derzeit von der Politik und der Verwaltung unterschätzt wird, so meine Meinung. Ihr Wissen und ihre Möglichkeiten sollten (wieder) besser genutzt werden. Ein Negativbeispiel ist leider die Ukraine Krise – man vergass, die Zentren schlicht und einfach. Sie wurden erst in letzter Sekunde nach Lugano eingeladen. Es war zu wenig Zeit, um ein Einsatzkonzept für sie auszuarbeiten. Blind für die Bedürfnisse der Stunde, plant das EDA weiterhin, die Budgets der Zentren im kommenden Jahr um 2 Prozent zu kürzen. Das wäre ein Fehler, der nicht passieren darf.

Die Genfer Zentren sollten zudem auf interdepartementaler Ebene direkt den beiden Staatssekretären bzw. Staatssekretärinnen des EDA und des VBS unterstellt und von diesen Departementen gemeinsam geleitet und finanziert werden.

Es sollte ferner ein sicherheitspolitischer Beirat geschaffen werden, dem die Rektoren von ETHZ und EPFL, der Direktor des Labor Spiez, der Rektor des Programmes «The Brain» und weitere Persönlichkeiten angehören, die geeignet erscheinen, zukunftsorientiert und weltoffen zu denken.

Die «Maison de la Paix» ist von der Politik und der Bundesverwaltung wieder als Beitrag der Schweiz zur multilateralen Staatenwelt zu verstehen. Sie ist nicht einfach eine Universität unter vielen. Das bedingt ein klares Mandat und eventuell personelle Veränderungen. Es ist ein erfahrener Botschafter zu ernennen, der als Verbindungsmann zwischen Bern und der «Maison de la Paix» wirken kann.

Die Schweiz verfügte einmal über erhebliche «Soft Power». Diese gilt es, ohne Verzug wieder herzustellen.

Erfolg kann nicht über Nacht eintreten, sondern benötigt Zeit. Wollen wir nicht unter die Räder kommen, ist



ein weiteres Abwarten und das Hoffen auf ein Ende des Regens, definitiv nicht eine Politik, die wir uns noch länger leisten können. Es ist fünf vor zwölf. ♦

Endnoten

1 Ich habe zum Thema vor allem ein Buch geschrieben – «Zeitenwende – Russlands und Chinas Griff nach der Weltmacht» (LIT-Verlag; Münster, Berlin, Wien Laie, Zürich, London, New York; 2023; 248 Seiten. ISBN 978-3-643-80399-9). Der Band gibt nicht nur eine Gesamtübersicht über die heutige Krise, sondern enthält auch eine Vielzahl von konkreten Empfehlungen für die Schweiz. Das Buch ist gedacht für die heutigen Entscheidungsträger, Offiziere und hohen Beamten. Es ist in einer Art geschrieben, die auch den interessierten Laien ansprechen soll. Ich habe ferner mehrere Artikel für *stratos digital* geschrieben, darunter insbesondere «Zeitenwende: Die Ziele unserer Sicherheitspolitik sind neu zu definieren, der Armeeauftrag ist der veränderten Lage anzupassen».